

LGBTIQ*-Wahlstudie 2017 zur Bundestagswahl in Deutschland und zur Nationalratswahl in Österreich

DOROTHÉE DE NÈVE. NIKLAS FERCH. MICHAEL HUNKLINGER. TINA OLTEANU

Ein Team von Forscher_innen der Justus-Liebig-Universität Gießen und der Universität Wien hat sich im Vorfeld der Bundestagswahl in Deutschland im September 2017 und der Nationalratswahl in Österreich im Oktober 2017 im Rahmen der LGBTIQ*-Wahlstudie 2017 mit schwulen, lesbischen, bisexuellen, transsexuellen, intersexuellen und queeren (LGBTIQ*) Wähler_innen in Deutschland und Österreich beschäftigt. Die innovative Studie wirft erstmals einen Blick auf einen Teil der Gesellschaft, der in Wahlstudien in Deutschland und Österreich bislang keine Beachtung fand, und gibt dadurch neue Impulse für politische Debatten und die (Politik-/Sozial-)Wissenschaft. Ein wesentliches Ziel des Projekts war die Erhebung und Analyse von Daten von LGBTIQ*-Wähler_innen in Deutschland und Österreich in Bezug auf politische Einstellungen, parteipolitische Präferenzen und Partizipationsverhalten. Dieser Beitrag beschäftigt sich mit dem Studiendesign und präsentiert ausgewählte Ergebnisse.

Während die Einstellungs- und Partizipationsforschung, insbesondere die Wahlforschung, zu den wichtigsten Teildisziplinen der Politikwissenschaft gehören, sind Queer Studies in Deutschland und Österreich bisher weniger etabliert. Dies gilt insbesondere für sozialwissenschaftliche empirische Analysen bzw. Wahlstudien mit dem Fokus auf LGBTIQ*-Personen. Die dekonstruktivistischen und poststrukturalistischen Zugänge der Disziplin mögen dies erklären, da sie in einem Spannungsverhältnis mit der auf Kategorien basierenden Wahl- und Einstellungsforschung stehen. Es hat sich im Verlauf der Studie gezeigt, dass die kategorienbasierte Abfrage von sexueller Identität und Orientierung ein schwieriges Thema ist. Aufgrund der hohen Teilnehmer_innenzahl ist es allerdings auch nahezu unmöglich, alle über die Freifelder im Survey erhobenen individuellen Angaben sinnvoll auszuwerten. Die bestehende Forschungslücke hängt auch mit dem gesellschaftspolitischen Kontext zusammen. Die (Straf-)Verfolgung von nicht-heterosexuellen Menschen in der Vergangenheit und die weiterhin anhaltende Diskriminierung von LGBTIQ*-Personen spielen ebenso eine Rolle wie methodische Probleme.

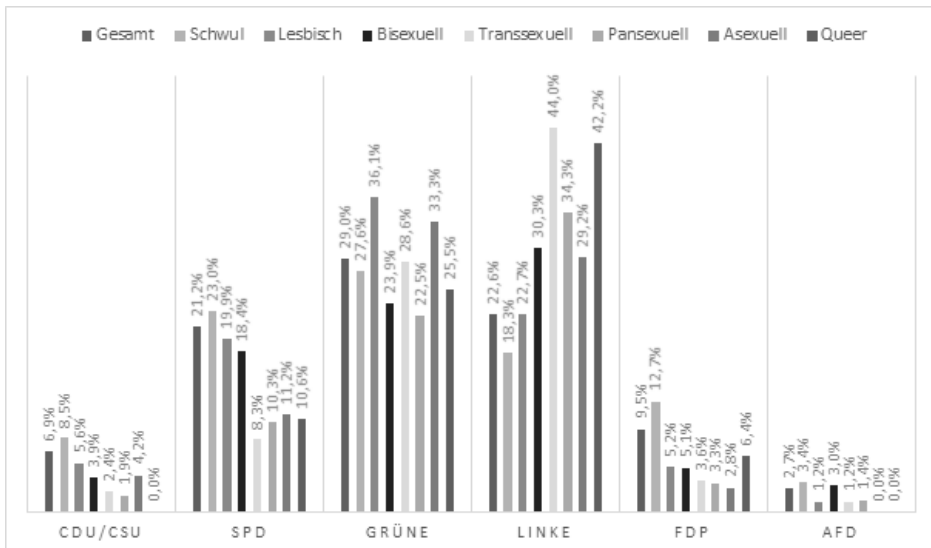
Die Grundgesamtheit nicht-heterosexueller Personen in Deutschland und Österreich ist nicht bekannt. Bei der Erhebung demographischer Daten (Zensus) werden keine Daten zur geschlechtlichen Identität (Gender) oder zur sexuellen Orientierung erhoben. Vor dem Hintergrund der Diskriminierung und (Straf-)Verfolgung in der Vergangenheit wäre dies ohnehin höchst problematisch. In gängigen Studien zu politischen Einstellungen und zur politischen Partizipation (ALLBUS, AUTNES, GLES, ESS, EVS)¹ werden solche Daten ebenfalls nicht erhoben. Bei der LGBTIQ*-Wahlstudie 2017 handelt es sich um eine selbstselektive Onlinebefragung (Häder 2014, 12). Die Verbreitung der Studie fand durch Multiplikator_innen in diversen Nichtregierungs-

organisationen (NGO) und Parteien statt sowie durch Social Media-Werbung. Personen, die sich für LGBTIQ*-Themen interessieren, wurden gezielt adressiert. Es besteht das typische Online-Survey Bias, da der Zugang zum Internet Voraussetzung ist.² Dieses selbstselektive Sample lässt folglich inferenzstatistische Rückschlüsse und Verallgemeinerungen auf die Grundgesamtheit der LGBTIQ*-Personen in Deutschland und Österreich methodisch nicht zu. Dieses Zufallsverfahren, an dem sich die Befragten freiwillig und aktiv für eine Teilnahme entscheiden, ist geeignet, um eine versteckte Subpopulation untersuchen zu können. Aufgrund der hohen Teilnehmer_innenzahlen können somit erstmals valide empirische Aussagen über das Wahlverhalten und politische Einstellungen von LGBTIQ*-Personen gemacht werden. Die Teilnehmer_innenanzahl der LGBTIQ*-Wahlstudie 2017³, bei der 473 Personen in Österreich und 5.329 Personen in Deutschland teilgenommen haben, war im Vergleich zu anderen LGB(TIQ*-)Wahlstudien sehr hoch; so etwa hatte eine Studie in den USA ein Sample von 768 Teilnehmer_innen (vgl. Egan/Edelman/Sheerill 2008), eine Studie in Kanada ein Sample von 1.300 Teilnehmer_innen (Perrella/Brown/Kay 2012). Im Folgenden werden einige Ergebnisse der LGBTIQ*-Wahlstudie 2017 vorgestellt.

Parteipräferenzen

Eines der zentralen Anliegen der LGBTIQ*-Wahlstudie 2017 war es, die Parteipräferenz der Befragten für die anstehenden landesweiten Wahlen zu untersuchen. Im Falle der Bundestagswahl in Deutschland 2017 ist die Präferenz unter der Gesamtheit der befragten LGBTIQ*-Personen für Bündnis 90/Die Grünen offenkundig (29%). Darauf folgen Die Linke (22,6%) und die Sozialdemokratische Partei Deutschlands (SPD; 21,2%). Damit bestätigt sich die Vermutung, dass die LGBTIQ*-Wähler_innen eine starke Präferenz für linke Parteien bzw. Parteien der linken Mitte aufweisen. Lesben haben in der LGBTIQ*-Wahlstudie zur Bundestagswahl 2017 eine stärkere Präferenz für Bündnis 90/Die Grünen (8,5%) und Die Linke (4,4%) artikuliert als die befragten Schwulen. Schwule haben hingegen öfter angegeben, dass sie die Freie Demokratische Partei (FDP; 7,5%), SPD (3,1%), Christlich Demokratische Union/Christlich-Soziale Union (CDU/CSU; 2,9%) und die Alternative für Deutschland (AfD; 2,2%) wählen werden als Lesben. Die Ergebnisse von Trans*Personen und Personen, die sich selbst als queer bezeichnen, weisen in Bezug auf die Parteipräferenz markante Unterschiede auf. In beiden Gruppen ist die Präferenz für Die Linke mit 44% bzw. 42,2% am höchsten. Auch unter Bi- und Pansexuellen ist die Unterstützung für Die Linke besonders hoch (30,3% bzw. 34,3%). Bei asexuellen Wähler_innen liegen Bündnis 90/Die Grünen vorn (33,3%). Die AfD findet bei der LGBTIQ*-Wähler_innenschaft insgesamt nur wenig Unterstützung: 3,4% der Schwulen, 3% der Bisexuellen, 1,4% der Pansexuellen und je 1,2% der Lesben und Trans*Personen geben an, die AfD wählen zu wollen (Abb. 1).

Abbildung 1: Parteipräferenz Bundestagswahl 2017 nach sexueller Identität/Orientierung



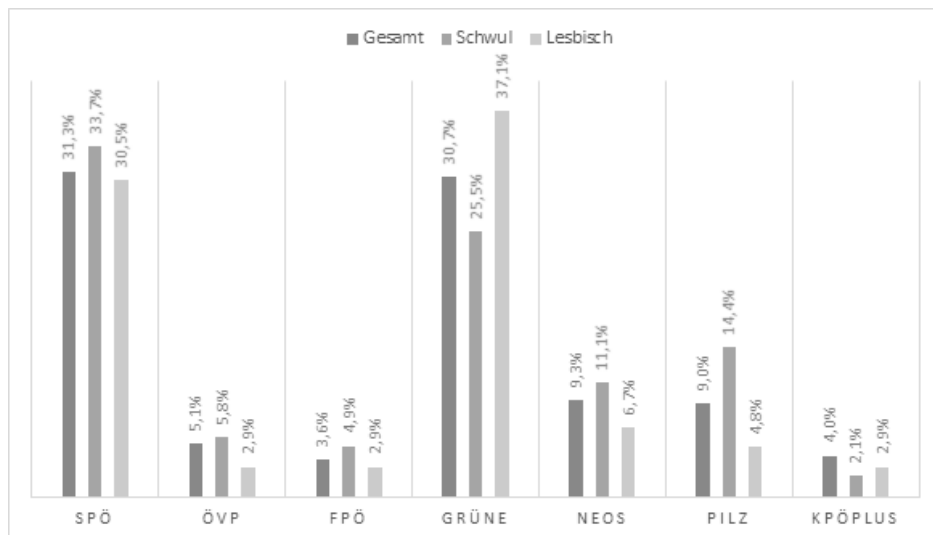
Quelle: LGBTIQ*-Wahlstudie Deutschland 2017, N=5.235 LGBTIQ*-Wähler_innen insgesamt, N=3.123 schwule Männer, N=1.140 lesbische Frauen; N=727 Bisexuelle, N= 84 Trans*Personen, N= 213 Pansexuelle, N= 72 Asexuelle, N = 47 Queer. Angaben in Prozent der befragten sexuellen Identitäten.

Die Präferenz der befragten LGBTIQ*-Personen für linke Parteien ist auch für den Kontext der Nationalratswahl 2017 in Österreich offenkundig: 31,1% gaben an, die Sozialdemokratische Partei Österreichs (SPÖ) zu wählen, und 30,7% gaben an, Die Grünen zu wählen. Die Liste Pilz (9,1%) und Das Neue Österreich und Liberales Forum (NEOS; 9,3%) liegen sehr dicht beieinander. Mitte-Rechts- und rechtspopulistische Parteien wie die Österreichische Volkspartei (ÖVP) und die Freiheitliche Partei Österreichs (FPÖ) wurden sehr selten als Wahlpräferenz genannt.

Lesben haben in der LGBTIQ*-Wahlstudie zur Nationalratswahl 2017 eine stärkere Präferenz für Die Grünen (11,6%) artikuliert als Schwule. Schwule hingegen geben im Vergleich zu Lesben an, dass sie die Liste Pilz (9,6%) und geringfügig SPÖ (3,2%) sowie NEOS (4,4%) wählen werden (Abb. 2). Aufgrund der niedrigen Fallzahlen lassen sich keine Aussagen über andere sexuelle Orientierungen bzw. Identitäten machen.

Diese Unterschiede im Mitte-Links Spektrum mögen unter anderem darin begründet sein, dass die jeweiligen Parteien für spezifische sexuelle Identitäten ein besonderes Angebot machen oder eben nur sehr allgemein LGBTIQ*-Themen aufnehmen. Gerade Die Linke in Deutschland hat eine sehr ausdifferenzierte Agenda in Bezug auf Trans*Personen (Die Linke 2017).

Abbildung 2: Parteipräferenz Nationalrastwahl 2017 nach sexueller Orientierung/ Identität



Quelle: LGBTIQ*-Wahlstudie Österreich 2017, N= 473 LGBTIQ*-Wähler_innen insgesamt, N=243 schwule Männer, N=105 lesbische Frauen; Angaben in Prozent der befragten schwulen Männer bzw. lesbischen Frauen. Die Zahlen für ÖVP, FPÖ und KPÖplus sind sehr niedrig und werden in der weiteren Analyse nicht mehr angezeigt.

Maßgeblich für die Parteipräferenz bei anstehenden Wahlen sind in beiden Stichproben nicht (nur) LGBTIQ*-Themen, sondern vor allem auch soziale Themen. In Österreich nannten knapp 96% der befragten LGBTIQ*-Wähler_innen Diskriminierung und Bildungspolitik als wichtige Themen, gefolgt von Homophobie und Arbeitslosigkeit (jeweils über 92%). In Deutschland sind Diskriminierung (95,9%), Homophobie (94,8%), Migrations-, Asyl- und Flüchtlingspolitik (94%), Bildungspolitik (91,7%) sowie Fremdenfeindlichkeit (91,7%) weitere wichtige Themen. In Österreich spielt zusätzlich noch Gesundheitspolitik (91,3%) eine bedeutende Rolle. Darüber hinaus zeigt die Studie, dass die Mehrheit der Befragten (Deutschland 51,9%; Österreich 51%) gesellschaftspolitisch aktiv ist, und dies nicht nur im Bereich der LGBTIQ*-Themen.

In der LGBTIQ*-Wahlstudie 2017 wurden auch System- und Einstellungsfragen abgefragt, deren Ergebnisse im Folgenden an je einem Beispiel exemplarisch vorgestellt werden.

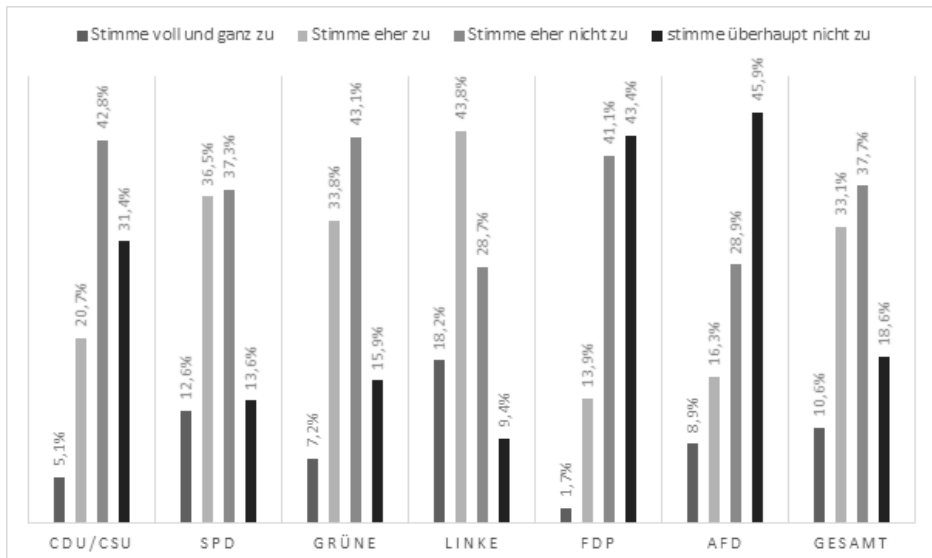
Systemeinstellungen

Insgesamt fällt die Zustimmung zur Demokratie eindeutig aus: 97,5% der Befragten in Österreich und 99,2% in Deutschland stimmen sehr oder eher zu, dass man ein demokratisches System haben sollte. Dennoch fällt auf, dass auch das Modell einer

Expert_innen-Regierung von vielen befürwortet wird: 56,5% der Teilnehmer_innen in Österreich sowie 46,7% der Teilnehmer_innen in Deutschland finden dies sehr bzw. eher gut. Dieser Befund lässt sich als Indikator für die Krise der repräsentativen Demokratie interpretieren und ist auch für die konventionelle Wahlforschung von Interesse.

Soziale Gleichheit

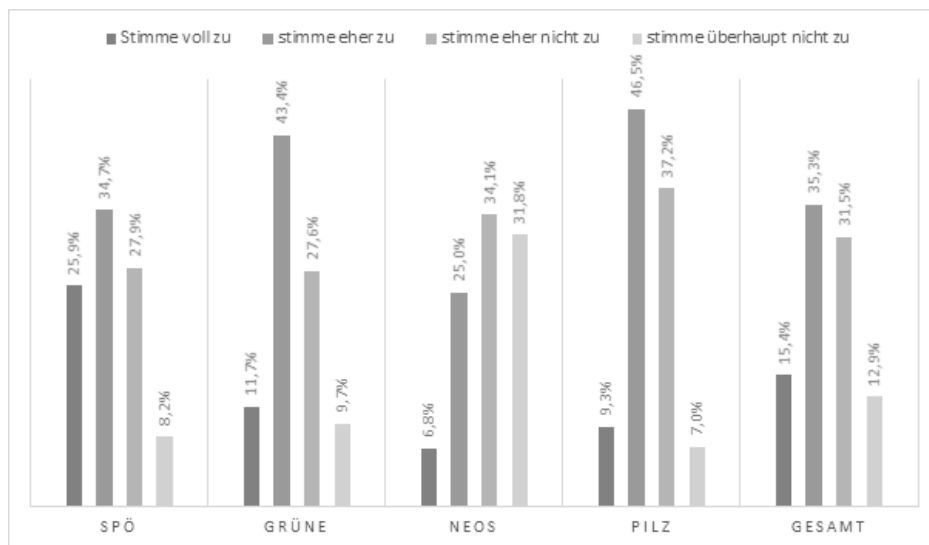
Abbildung 3: „Soziale Gleichheit innerhalb einer Gesellschaft ist wichtiger als die Freiheit des Individuums.“ (Deutschland)



Quelle: LGBTIQ*-Wahlstudie Deutschland 2017, N=5.235 LGBTIQ*-Wähler_innen insgesamt, davon: N=353 CDU- bzw. CSU-Wähler_innen, N=1.041 SPD-Wähler_innen, N=1.408 Grüne-Wähler_innen, N=1.089 Die Linke-Wähler_innen, N=482 FDP-Wähler_innen, N=135 AfD-Wähler_innen.

Die Frage, ob soziale Gleichheit oder die Freiheit des Individuums wichtiger ist, wird je nach Parteipräferenz erwartungsgemäß unterschiedlich beantwortet. Während 62% der befragten LGBTIQ*-Wähler_innen der Partei Die Linke der Meinung sind, dass soziale Gleichheit wichtiger ist als individuelle Freiheit, sind nur 15,6% der FDP-Wähler_innen dieser Meinung. Die Werte der anderen deutschen Parteien bewegen sich zwischen diesen beiden Extremen: CDU/CSU 25,8%; SPD 49,1%; Grüne 41%; AfD 25,2% (Abb. 3).

Abbildung 4: „Soziale Gleichheit innerhalb einer Gesellschaft ist wichtiger als die Freiheit des Individuums.“ (Österreich)



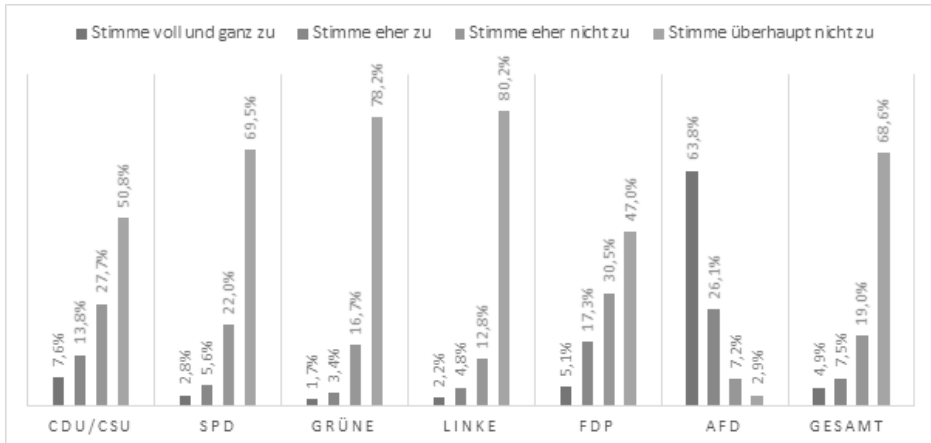
Quelle: LGBTIQ*-Wahlstudie Österreich 2017, N=473 LGBTIQ*-Wähler_innen insgesamt, davon: N=147 SPÖ-Wähler_innen, N=145 Grüne-Wähler_innen, N=44 NEOS-Wähler_innen, N=43 Liste Pilz-Wähler_innen. Die Fallzahlen für Befragte mit Parteipräferenz ÖVP, FPÖ und KPÖplus sind erheblich niedriger und daher nicht sinnhaft darstellbar.

Da die Fallzahlen für die konservative ÖVP und die rechtspopulistische FPÖ zu gering für die Auswertung sind, zeigt sich in der Darstellung der Werte für Österreich eventuell ein homogeneres Bild als in Deutschland. Die Mehrheit der befragten LGBTIQ*-Wähler_innen ist der Meinung, dass soziale Gleichheit wichtiger ist als die Freiheit des Individuums. Das trifft insbesondere auf LGBTIQ*-Wähler_innen von SPÖ (60,6%), Grünen (55,1%) und Liste Pilz (55,8%) zu. Die Wähler_innen von NEOS stellen die Freiheit des Individuums in den Vordergrund und sind nur zu 31,8% der Meinung, dass soziale Gleichheit innerhalb der Gesellschaft wichtiger ist als individuelle Freiheit (Abb. 4). Dieser Wert ist jedoch immer noch doppelt so hoch wie jener der FDP (Abb. 3).

Einstellung zu Asylsuchenden

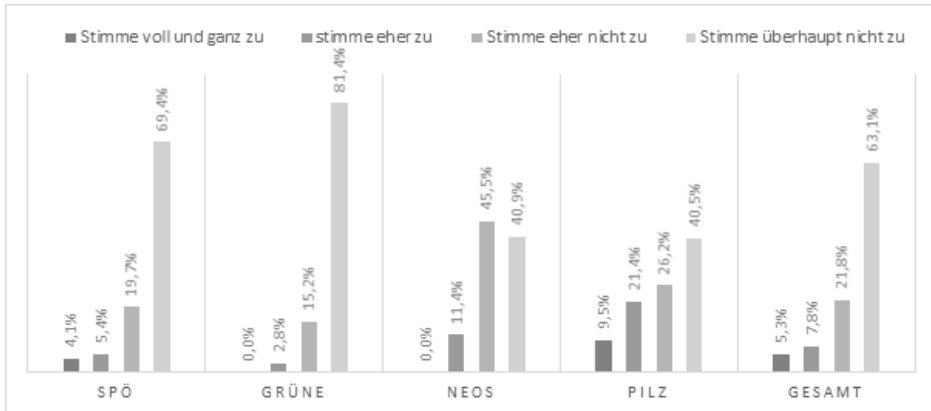
Die Asylpolitik hat eine zentrale Rolle in beiden Wahlkämpfen gespielt und wurde daher auch in der Studie mit einem Fragenset aufgegriffen. Abbildung 5 und 6 zeigen Ergebnisse zu einer Frage, die offenkundig sehr polarisiert.

Abbildung 5: „Asylsuchende sind eine Bedrohung für unsere Kultur.“ (Deutschland)



Quelle: LGBTIQ*-Wahlstudie Deutschland 2017, N=5.132 LGBTIQ*-Wähler_innen insgesamt, davon: N=354 CDU- bzw. CSU-Wähler_innen, N=1.090 SPD-Wähler_innen, N=1.494 Grüne-Wähler_innen, N=1.156 Die Linke-Wähler_innen, N=491 FDP-Wähler_innen, N=138 AfD-Wähler_innen.

Abbildung 6: „Asylsuchende sind eine Bedrohung für unsere Kultur.“ (Österreich)



Quelle: LGBTIQ*-Wahlstudie Österreich 2017, N=473 LGBTIQ*-Wähler_innen insgesamt, davon: N=147 SPÖ-Wähler_innen, N=145 Grüne-Wähler_innen, N=44 NEOS-Wähler_innen, N=42 Liste Pilz-Wähler_innen. Die Fallzahlen für Befragte mit Parteipräferenz ÖVP, FPÖ und KPÖplus sind erheblich niedriger und daher nicht sinnhaft darstellbar.

Eine große Mehrheit der befragten LGBTIQ*-Wähler_innen in Deutschland (87,6%) und Österreich (84,1%) ist der Meinung, dass Asylsuchende keine „Bedrohung für unsere Kultur“ sind (Abb. 5 und Abb. 6). Die LGBTIQ*-Wähler_innen der AfD bilden hier eine Ausnahme: 89,9% sind der Meinung, dass Asylsuchende sehr wohl eine „Bedrohung für unsere Kultur“ darstellen (Abb. 5). In Österreich sind es vor allem die Wähler_innen der Liste Pilz (30,9%), die Asylsuchende als Bedrohung sehen (Abb. 6). In diesem Punkt gibt es somit einen gravierenden Unterschied zu anderen linken und liberalen Parteien und der Liste Pilz in Österreich.

Fazit

Dieser kleine Einblick in die Ergebnisse der LGBTIQ*-Wahlstudie 2017 zeigt, dass die LGBTIQ*-Wähler_innen, die an der Studie teilgenommen haben, mehrheitlich links bzw. mitte-links wählen. Generell wird aber auch deutlich, dass es eine große Heterogenität unter den LGBTIQ*-Wähler_innen gibt. Dies zeigt sich etwa daran, dass sich die Wahlpräferenzen innerhalb des linken Spektrums in Bezug auf die sexuelle Orientierung stark unterscheiden. Darüber hinaus wird dies bei Fragen der sozialen Gleichheit und zum Bereich der Zuwanderung offenkundig. Politische Parteien könnten zudem auf die hohe Partizipationsbereitschaft eines Großteils der LGBTIQ*-Wähler_innen zurückgreifen. In wissenschaftlicher Hinsicht zeigt diese Studie, dass die empirische Umfrageforschung in Bezug auf LGBTIQ*-Wähler_innen einer Erweiterung der soziodemografischen Kategorienbildung bedarf.

Anmerkungen

- 1 Allgemeine Bevölkerungsumfrage der Sozialwissenschaften (ALLBUS), Austrian National Election Study (AUTNES), German Longitudinal Election Study (GLES), European Social Survey (ESS) und European Value Survey (EVS).
- 2 In Österreich besitzen laut Statistik Austria 85% der Haushalte Zugang zum Internet (Jahr 2016) (<https://www.digitales.oesterreich.gv.at/statistik-austria>), in Deutschland sind es im gleichen Jahr 92% (<https://de.statista.com/statistik/daten/studie/153257/umfrage/haushalte-mit-internetzugang-in-deutschland-seit-2002/>).
- 3 Eine ausführlichere Darstellung der Ergebnisse der bisher durchgeführten LGBTIQ*-Wahlstudien zur Gemeinderatswahl Wien (2015), Abgeordnetenhauswahl Berlin (2016), Bundestagswahl (2017) sowie Nationalratswahl (2017) finden Sie unter www.lgbtiq-wahlstudie.eu.

Literatur

Die Linke, 2017: Wahlprogramm, Kapitel XIII. Queer – Gleichberechtigung für alle Lebensweisen! Internet: <https://www.die-linke.de/wahlen/wahlprogramm/xiii-queer-gleichberechtigung-fuer-alle-lebensweisen/> (12.1.2018).

Egan, Patrick J./**Edelman**, Murray S./**Sherrill**, Kenneth, 2008: Findings from the Hunter College Poll of Lesbians, Gays and Bisexuals. New Discoveries about Identity, Political Attitudes, and Civic Engagement. New York.

Häder, Sabine, 2014: Stichproben in der Praxis. Mannheim.

LGBTIQ*-Wahlstudie 2017: Bundestagswahl in Deutschland und Nationalratswahl in Österreich. Internet: www.lgbtiq-wahlstudie.eu (12.1.2018).

Perrella, Andrea M. L./Brown, Steven D./Kay, Barry J., 2012: Voting Behaviour Among the Gay, Lesbian, Bisexual and Transgendered Electorate. In: *Canadian Journal of Political Science/Revue canadienne de science politique*. 45 (1), 89-117.

Career Trajectories of Female Academics at a German University of Applied Sciences: Barriers and Enablers on the Road to a Professorship

SARAH VADER. ANICA WALDENDORF

Introduction

Although many female academics work in academia, only few women make it to high-level positions in university institutions (Zimmer/Krimmer/Stallmann 2006). Much has been written on career trajectories of women in academia and the hindrances for female academics on the road to a professorship (e.g. Briedis et al. 2014; Kahlert 2012; Kraiss/Beaufaÿs 2005). However, these studies either solely focus on the career trajectories of professors at universities or do not differentiate between the different types of institutions. In Germany, there are two different types of professorship that entail distinct qualifications. In addition to teaching experience and proof of academic work experience, a professorship at a university requires a postdoctoral lecturing qualification whilst a professorship at a university of applied sciences demands a minimum of three years work experience outside of the university. These differences in formal requirements potentially lead to different factors playing a role in academic trajectories toward a professorship. Only little research has been conducted on the specificities of women's career trajectories at universities of applied sciences (Schlegel 2006; Stark/Kiendl 2013). In order to elaborate the knowledge on this topic and gain more specific insight into the career trajectories and decision-making processes of female academics at universities of applied sciences, we carried out a small qualitative study at a university of applied sciences in North Rhine-Westphalia. We conducted qualitative semi-structured interviews with three female professors and four female postdoctoral researchers¹ who currently work at a university of applied sciences about their career trajectories and choices. The interviews took place from the end of 2016 until 2017. We transcribed the interviews and analysed the material using qualitative content analysis (Mayring 2011), allowing us to highlight the factors that play a central role for the career trajectory towards a professorship at a university of applied sciences.